

Jahr eins nach dem Euthanasiegesetz

Im Escher Rathaus stand denn auch eine Statutenänderung auf der Tagesordnung. Denn, wie Präsident Jean Huss erläuterte, einige der statutarisch festgesetzten Ziele der Vereinigung, wie das Durchsetzen des oben genannten Gesetzes, können gestrichen werden. Die ADMD-L hat sich also nach 20 Jahren Existenz mit ihrer Hauptforderung durchsetzen können. Die beiden Initiatoren des entsprechenden Gesetzesprojekts waren denn auch zur Generalversammlung erschienen: Jean Huss in seiner Funktion als Präsident und Lydie Err als Mitglied.

Es gebe noch reichlich Informationsbedarf über die praktische Ausführung des Gesetzes, so der Präsident, der hier die künftigen Aufgaben der Vereinigung sieht. Zahlreiche Anfragen aus



Luxemburg, aber auch solche aus dem Ausland, seien in den letzten Monaten eingegangen. Die ADMD-L versucht denn auch, durch Konferenzen und Aufklärungsversammlungen Informationen zu bieten und wird demnächst eine Geschäftsstelle mit Sekretärin eröffnen, um die anfallende Arbeit bewältigen zu können.

Zahlen nach zwei Jahren

Nach einem knappen Jahr Euthanasiegesetz liegen noch keine Zahlen über die Menschen vor, die es in Anspruch genommen haben. Eine entsprechende Kommission wird nach zwei Jahren eine erste Bilanz vorlegen. Mittlerweile würde aber auch von anfangs widerwilligen Kongregations-Spitälern Sterbehilfe durchgeführt, so Jean Huss. „Jetzt beginnt die Arbeit richtig“, meinte auch Sekretärin Marthy Putz, die auf die zahlreichen Versammlungen der letzten Monate einging und unterstrich, dass die Vereinigung auch bereit sei, vor kleinen Kreisen über das Gesetz zu informieren. Der Verwaltungsrat der Vereinigung wurde um Christophe Schiltz und Patrick Brücher erweitert. Die Postenbesetzung wird in einer Vorstandssitzung vorgenommen. Neben den bereits erwähnten Mitgliedern sind noch im Vorstand: Nico Kohn(Kassierer), Marie-Paule Kohn, Hellmuth Bergmann, Marie-Josée Kerschen, Mireille Kies, Germaine Kohn und Théo Mackel. Der Mitgliedsbeitrag bleibt trotz schwieriger Kassenlage bei 12,50 Euro pro Jahr festgesetzt.